

Nr. 17/1027

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verbesserung der Lebensbedingungen und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge im Bundesland Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 1. Februar 2010
(Drucksache 17/1146)

D a z u
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 16. März 2010
(Drucksache 17/1214)
2. Leiharbeit nicht für Lohndumping und Abbau von Stammebelegschaften missbrauchen – Aktuelle Entwicklung in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Februar 2010
(Drucksache 17/1147)
3. Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
4. Wahl eines Mitglieds der Stiftung „Wohnliche Stadt“
5. Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Umsetzung der Föderalismusreform II im Land Bremen“
6. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen
7. Viertes Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts
Mitteilung des Senats vom 9. März 2010
(Drucksache 17/1198)
1. Lesung
2. Lesung

Nr. 17/1028

Regierungserklärung des Präsidenten des Senats zum Thema „Umsetzung der Ergebnisse der Föderalismusreform II in der Freien Hansestadt Bremen“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1029

Fragestunde

1. Wettbewerbsfähigkeit der Häfen Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Silke Allers, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. März 2010

2. Schulsportreferent
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 10. März 2010
3. Tiertransporte im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 11. März 2010
4. Funktionsfähige Verkehrswege für Hafen- und Logistikwirtschaft im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. März 2010
5. „Völlige Unabhängigkeit“ des Datenschutzbeauftragten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2010

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1030

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/1176)
2. Lesung

Der Antrag ist durch die Drucksache 17/1210 erledigt.

Nr. 17/1031

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Artikel 82, 84, 97 Bremische Landesverfassung

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses
nach Artikel 125 Landesverfassung
vom 12. März 2010
(Drucksache 17/1210)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 Landesverfassung Kenntnis.

Nr. 17/1032

Bildungsurlaub als Instrument zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung weiterentwickeln

Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010
(Drucksache 17/1167)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1033

Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/1158)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1034

Dreizehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2009
(Drucksache 17/956)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Dreizehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge Kenntnis.

Nr. 17/1035

Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Veröffentlichung von Telemedienangeboten

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2009
(Drucksache 17/1118)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1036

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Dreizehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 13. RfÄStV), Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2009 (Drs. 17/956) sowie zum Gesetz zum Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Veröffentlichung von Telemedienangeboten, Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2009 (Drs. 17/1118) vom 1. März 2010

(Drucksache 17/1189)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Ausführungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 17/1037

Bremisches Gesetz über die Schiffssicherheit in der Binnenschifffahrt (BremBinSchSiG)

Mitteilung des Senats vom 2. März 2010
(Drucksache 17/1190)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1038

Nachwahl für die Vertrauensleute und die Vertreter/Vertreterinnen des Ausschusses zur Wahl der Richter/-innen des Verwaltungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Falk W a g n e r

anstelle von Herrn Holger Illgner zur Vertrauensperson und

Frau Lena F r i e s e

anstelle von Frau Monika Zapatka zur Vertreterin des Ausschusses zur Wahl der Richter und Richterinnen des Verwaltungsgerichts.

Nr. 17/1039

Umsetzung der Ergebnisse der Föderalismuskommission II in der Freien Hansestadt Bremen

hier: Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2011 (Drs. 17/835 vom 16. Juni 2009)

Mitteilung des Senats vom 9. März 2010
(Drucksache 17/1199)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1040

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 9. März 2010

(Drucksache 17/1205)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1041

Strafrechtliche Verjährung bei sexuellem Missbrauch von Kindern abschaffen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. März 2010
(Drucksache 17/1204)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Rechtsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1042

Opfer von seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewaltdelikte schützen und entschädigen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. März 2010
(Drucksache 17/1225)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Rechtsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. durch eine Bundesratsinitiative zu erreichen, dass der Bundestag das Strafgesetzbuch daraufhin überprüft, ob die Pflicht des Staates zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewalt angemessen umgesetzt wird. Insbesondere ist zu prüfen, ob die unterschiedliche Strafandrohung in einem angemessenen Verhältnis zur jeweiligen Schwere der Straftat steht. Eine entsprechende Änderung des Strafgesetzbuches würde auch eine Änderung der Verjährungsfristen nach sich ziehen.
2. zu prüfen, ob mit einer Bundesratsinitiative Menschen, die vor 1976 als Kinder und Jugendliche Opfer von seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewalt geworden sind, im Rahmen einer erweiterten Härtefallregelung Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz erhalten können.
3. der Bürgerschaft (Landtag) über seine Aktivitäten spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 17/1043

Strafrechtliche und zivilrechtliche Verjährung bei sexuellem Missbrauch von Kindern abschaffen

Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 16. März 2010
(Drucksache 17/1224)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Rechtsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1044

Anhörung zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Leichenwesen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. März 2010
(Drucksache 17/1206)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1045

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP:

„Privatschulallergie der Bildungssenatorin blockiert Zukunftschancen! Auf Berufung verzichten, Bremen verträgt Reformschulen in freier Trägerschaft“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE.:

„Maroder Gefahrguttransporter mit radioaktiver Ladung auf der A 1 gestoppt – Wie steht es um die Sicherheit von Atomtransporten im Land Bremen?“.

